Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Wilhelmshaven mit Einwohnerfragestunde am Montag, 2. Juni 2025, 14:30 Uhr, im Ratssaal Nr. 5/2025

Anwesend:

Oberbürgermeister
Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglied SPD-Fraktion
Ratsmitglied Manuel Baruschke
Ratsmitglied Norbert Peter Brandt
Ratsmitglied Marvin Hager
Ratsmitglied Christina Heide
Ratsmitglied Birgit Holtz
Ratsmitglied Susanne Kempcke
Bürgermeisterin Gesche Marxfeld
Ratsmitglied Gabriele Schröder
Ratsmitglied Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Beigeordneter Martin Burkhart
Ratsmitglied Antje Johanna Kloster
Ratsmitglied Yannick Lonkai
Ratsmitglied Anja Sanchez Mengeler
Ratsmitglied Walther Schäfer
Ratsmitglied Petra Stomberg
Beigeordneter Andreas Tönjes
Ratsmitglied Michael von den Berg
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner
Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied CDU-Fraktion
Ratsmitglied Heidi Bosse
Ratsmitglied Martin Ehlers
Beigeordneter Uwe Heinemann
Ratsmitglied Anja Mandt
Ratsmitglied Sven Schoolmann
Ratsmitglied Jens Stoffers
Ratsmitglied Thomas Suberg
Ratsmitglied Olaf Werner
Bürgermeisterin Astrid Zaage

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW
Ratsvorsitzender Stefan Becker
Ratsmitglied Ulf Berner
Beigeordneter Markus Bulla
Ratsmitglied Olaf Fischer

Ratsmitglied Dr. Angela Kirstges
Ratsmitglied Thomas Lehmann
Ratsmitglied Darwin Reinhard
Beigeordneter Dr. Günther Schulte
Ratsmitglied Dr. Uwe Weithöner

Mitglied AfD-Fraktion
Ratsmitglied Thorsten Moriße
Ratsmitglied Detlef Stump

Dezernent
Stadtbaurat Niksa Marušić
Erster Stadtrat Armin Schönfelder

von der Verwaltung
Fachbereichsleitung Rechtsamt Marion Winkel-Fiedelak
Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Julia Muth
Fachbereich Kommunikation & Koordination Alexander Ajwasow
Fachbereich Rechnungsprüfungsamt Jörg Engesser

Protokollführerin
Fachbereich Kommunikation & Koordination Julia Wendelin

Es fehlte entschuldigt
Ratsmitglied Nurhayat Bakir-Block
Ratsmitglied Volker Block
Ratsmitglied Torsten Kastrioti
Beigeordneter Detlef Schön

A. Nichtöffentlicher Teil

B. Öffentlicher Teil ab Seite 3
Einwohnerfragestunde auf Seite 35

Zunächst fand der nichtöffentliche Teil der Sitzung statt.

B. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

5	Feststellung der Tagesordnung für den öffentlichen Teil	
6	Einwohnerfragestunde (Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde gem. § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)	I
6.1	Einwohnerfrage Hr. Stefan Kurzer zum Pumpwerk: Weitere Planung, Sanierung, architektonische Vorgehensweise und Akquirierung von Fördermitteln	
7	Aktuelle Stunde	
8	Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses	
9	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
9.1	Sachstand Tourismuskonzept	
10	Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die "Handlungsmöglichkeiten der kommunalen Vertreter im Verwaltungsrat der Sparkasse"	**138/2025**
11	Bekanntgabe einer Eilentscheidung gem. § 89 NKomVG	
12	Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Block)	
12.1	Um- und Neubesetzung von Gremien und Ausschüssen (auf Antrag vom Beigeordneten Heinemann und Ratsherrn Lehmann)	
12.2	Änderung der Hauptsatzung	**67/2025**
12.3	Abberufung der Gleichstellungsbeauftragten	**85/2025**
13	Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat	
13.1	Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt (Beigeordneter Heinemann)	
13.1.1	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat	**110/2025**
13.1.2	Zinssatz für die kalkulatorische Verzinsung zum Haushalt 2026 für kostenrechnende Einrichtungen	**167/2025**
13.2	Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Häfen (Beigeordneter Burkhart)	
13.2.1	Net-Zero Valley - Wilhelmshaven als Teil des NetZero Nordwest-Deutschland	**129/2025**
13.2.2	Geschäftsordnung Strategierat "Grüne Region am Meer"	**130/2025**
13.3	Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (Ratsfrau Weinstock)	
13.3.1	Änderung der Entgeltordnung für das Stadttheater	**97/2025**
13.3.2	Verabschiedung des Kulturmaßnahmenkonzepts als Grundlage für die Erarbeitung eines Kulturentwicklungsplans	**98/2025**
13.3.3	Neufassung der Benutzungsordnung und Entgeltordnung der Stadtbibliothek Wilhelmshaven	**179/2025**
13.4	Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Schön)	
13.4.1	Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Jadeallee /Wiesbadenbrücke" - Beschluss zur fortgeschriebenen Kosten- und Finanzierungsübersicht	**64/2025**
13.4.2	95. Änderung des rechtswirksamen Flächennutzungsplans in der Fassung der Neubekanntmachung vom 19.11.2022 -Bürgerwindpark Klein Westerhausen- ,Entwurfsbeschluss	**150/2025**
13.4.3	Bebauungsplan Nr. 219, 1. Änderung - Heppenser Groden Nord / Zum Ölhafen - Aufstellungsbeschluss	**153/2025**
13.4.4	96. Änderung des rechtswirksamen Flächennutzungsplans in der Fassung der Neubekanntmachung vom 29.11.2024 - Zwischen Weserstraße und Ems-Jade-Kanal- , Aufstellungsbeschluss	**154/2025**
13.4.5	Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Westliche Südstadt" - Verstetigung Sanierungsbeirat	**163/2025**
13.5	Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration (Ratsfrau Schröder)	
13.5.1	Austritt des LK Wesermarsch aus der Gesundheitsregion	**94/2025**

13.5.2	Antrag Gruppe "Gemeinsam BUNT" auf Aufnahme eines Tagesordnungspunktes "Institutionelle Förderung für den Verein der Arbeitslosen Wilhelmshaven / Friesland e.V. (ALI)"	**506/2025**
13.6	Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsfrau Mandt)	
13.6.1	Übersicht der in 2024 erfolgten Verkaufsfälle von Erbbaurechtgrundstücken	**43/2025**
13.6.2	Grenzstraße 24 - Jadezentrum - Beendigung Mietverhältnis	**95/2025**
13.6.3	Ankauf Bismarckstraße 213 - zur Nutzung für die Grundschule Stadtmitte	**96/2025**
13.6.4	Verkauf - Antonslust 15 - Hofstelle Fegefeuer	**131/2025**
13.6.5	Pastorenweg 2 - Reduzierung des Erbbauzinses im Erbbaurechtsvertrag für die KiTa Fedderwarden	**132/2025**
13.6.6	Entschädigungszahlungen für die grundbuchrechtliche Eintragung von Leitungsrechten für den Transport gasförmiger Energieträger	**137/2025**
13.7	Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven (Ratsherr Morisse)	
13.7.1	Grundsatzvereinbarung über die Kooperation zum Zwecke der Brauchwasseraufbereitung in der Stadt Wilhelmshaven zur Versorgung von Industrieunternehmen	**55/2025**
13.7.2	Fortschreibung der Kosten- und Finanzierungsübersicht, Städtebauforderung Stadtpark	**56/2025**
13.7.6	Antrag der CDU- Fraktion: Gesamtkonzept Sanierung der Gebäude und Außenanlage Friedhofsverwaltung Friedenstr.	**518/2025**
13.7.3	Antrag AfD-Fraktion: Errichtung neuer Toiletten in der Friedhofsverwaltung Friedenstraße	**513/2025**
13.7.4	Antrag AfD-Fraktion: Errichtung eines witterungsfesten Durchgangs zwischen der Friedhofsverwaltung und dem Pavillon	**514/2025**
13.7.5	Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Echtzeit-Videoüberwachung von Wertstoff-Sammelplätzen	**515/2025**
13.8	Jugendhilfeausschuss (Ratsherr Hager)	
13.8.1	Staffelung der Kostenbeiträge für die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten in der Stadt Wilhelmshaven	**69/2025**
13.8.2	Berufung eines neuen stellvertretenden beratenden Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss	**111/2025**
13.8.3	Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege und über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Kindertagespflege	**147/2025**
14	Anträge	
14.1	Antrag SPD-Fraktion: Einrichtung von Waffenverbotszonen	**520/2025**
14.2	Gemeinsamer Antrag der Gruppen WIN@WBV, Berner, FDP, FW/ Gemeinsam Bunt sowie den Fraktionen SPD/ CDU : Auflistung aller beschlossenen Richtlinien und Neueinteilung des Stadtrechts in Rubriken	**521/2025**
14.3	Antrag der Gruppe "Gemeinsam BUNT" zur Optimierung der Vorbereitung und Durchführung von Ausschusssitzungen	**522/2025**
15	Anfragen	
15.1	Anfrage SPD-Fraktion: Entwicklung der gewerblichen Existenzgründungen und Unternehmensschließungen in Wilhelmshaven	**517/2025**
16	Einwohnerfragestunde (Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)	II

5 Feststellung der Tagesordnung für den öffentlichen Teil

Herr Ehlers beantragt die Vorziehung des Punktes 13.7.6 Gesamtkonzept Sanierung der Gebäude und Außenanlage Friedhofsverwaltung Wilhelmshaven unmittelbar hinter den TO 13.7.2 Grund: Er dient der darauffolgenden Anträge aus 13.7.3 und 13.7.4- Er bittet um Zustimmung.

Herr Morieße verstehe die Motivation der Vorziehung nicht. Das Gebäude stehe unter Denkmalschutz. Das Gesamtkonzept würde die Notwendigkeit der Sanierung der Toiletten erheblich erschweren. Die AFD-Fraktion würde daher diesen Antrag auf Vorziehung ablehnen.

Ratsvorsitzender Becker weist darauf hin, dass die Anträge nicht vorberaten worden seien und von der AFD-Fraktion niemand an den Ausschüssen teilgenommen hätte. Daher könne dies heute nicht beraten werden.

Herr Morieße weist darauf hin, dass er entschuldigt und auf Reisen war. Die Anträge seien sehr wohl in den Ausschüssen gewesen. Man könne sie lesen und in den Ausschüssen darüber diskutieren. Scheinbar sei es Gang und Gebe Anträge von der Tagesordnung zu nehmen. Heute seien die Anträge auf jeden Fall im Rat und auf der Tagesordnung.

Herr Tönjes teilt mit, dass die Anträge eingebracht worden seien, obwohl die AFD-Fraktion nicht anwesend war. Wie das weiter in den Ausschüssen ausgegangen sei, müsse aufgrund der Vorbereitung bekannt sein. Sie sind vielleicht aufgrund von Geschäftsordnungsanträgen nicht beraten worden, was sich aber seiner Kenntnis entziehe. Er wolle nur zum Ausdruck bringen, dass man sich ordnungsgemäß mit den Anträgen in den Ausschüssen befasst habe.

Oberbürgermeister Feist zieht den Tagesordnungspunkt 13.3.3. Neufassung der Benutzungsordnung und Entgeltordnung der Stadtbibliothek zurück. Der Punkt sei irrtümlich auf der Tagesordnung gelandet und wurde im Fachausschuss noch nicht vorberaten und sie daher nicht beschlussreif

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(Bei 29 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen)

Die Tagesordnung des öffentlichen Teils wird in der geänderten Form festgestellt.

6 Einwohnerfragestunde I
(Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde gem. § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

6.1 Einwohnerfrage Hr. Stefan Kurzer zum Pumpwerk: Weitere Planung, Sanierung, architektonische Vorgehensweise und Akquirierung von Fördermitteln

Herr Marušić trägt die Anworten zur der Einwohnerfrage von Herrn Stefan Kurzer wie folgt vor.

1. Wie sind die weiteren Planungen an und um das Pumpwerk?
Die Planungen an und um das Kulturzentrum Pumpwerk sind aufgeteilt in die Sanierung des Hauptgebäudes (ehemaliges Entwässerungswerk), die Sanierung des

Seminargebäudes (ehemaliges Haus der Pumpenwärter), den Abriss der vorhandenen Erweiterung und dem anschließenden Neubau, den Abriss des vorhandenen Lagerschuppens, sowie die Anpassung der Außenflächen des Pumpwerks. Die Planungsleistungen Gebäude- und Innenraumplanung, Freianlagenplanung und die Planung für die Technische Gebäudeausrüstung, werden als Paket vergeben. Weitere Planungsleistungen (Tragwerksplanung, Bauphysik, Brandschutz, Baugrunduntersuchung und ggf. weitere) werden gesondert vergeben.

2. Sind weitere Schritte um Sanierung eingeleitet?
Der städtische Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS), die Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH (WTF) und der Fachbereich für Wirtschaft und Regionalmanagement sind im engen Austausch miteinander. Zurzeit wird der zum Wettbewerb aufgestellte Anforderungskatalog an die Sanierung in sich verfeinert, sodass eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Planern gewährleistet werden kann.

3. Was ist mit dem neu zu erstellenden Anbau, nach welchen Planungen, Architekt wird der Anbau vollzogen?
Zurzeit wird der neu zu erstellende Anbau nach den Planungen des Gewinners des „hochbaulich-freiraumplanerischen Realisierungswettbewerb mit hochbaulichem Ideenteil" vom 25.04.2024, realisiert. Der Gewinner ist die pbr Planungsbüro Rohling AG mit Hauptsitz in Osnabrück. Die Erweiterung des Pumpwerks ist als ruhiger pavillonartiger Anbau konzipiert, der durch seine hohe Transparenz mit seiner Umgebung kommuniziert und eine Verbindung zwischen Innen- und Außenbereich schafft. Das Denkmal soll bewusst als eigenständige Architektur wahrnehmbar bleiben. Schwerpunkte setzen die Materialien Holz, Glas und Klinker. Sie werden gemäß ihren ursprünglichen Stärken eingesetzt und unterstützen damit sowohl ökologische als auch ökonomische Aspekte. Das Raumprogramm für den neuen Anbau ist in die Bereiche Eingangsbereich, Seminarbereich, Gastronomiebereich, Künstler:Innen-Bereich und Außenbereich gegliedert.

4. Gibt es Bestrebungen, Schritte Förderungsgelder zu beantragen, wenn noch nicht geschehen wie ist die Planung dazu?
Die GGS ist bestrebt Fördermittel zu beantragen. Ziel ist der höchstmögliche Erhalt von Fördermitteln unter Einsatz der zur Verfügung stehenden Eigenmitteln. Um dies zu gewährleisten, wird versucht separate Fördermittelanträge für die Bereiche „Erweiterung" und „Sanierung" zu beantragen. Eine Aufteilung verspricht einzeln höhere prozentuale Fördermittelanteile, die im Gesamten zu größeren Fördermittelsummen führen könnten. Für den Bereich „Erweiterung" sollen Fördermittel aus dem Kohlestrukturfond genutzt werden.

7 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde liegen nicht vor.

8 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es liegen keine Berichte vor.

9 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Feist nimmt Bezug auf das durch die Verwaltung versandte Informationsschreiben an die Kioskbesitzer. Gegenstand war die Veröffentlichung eines Beitrages auf Facebook mit dem Tenor, in Oldenburg sei alles besser. In diesem Kontext möchte er die Situation in Wilhelmshaven betrachten. Es bestehe seit über 10 Jahren ein Ladenschlussgesetz, welches in keiner Form das derzeitige Leben wiederspiegle. Das Ladenschlussgesetz diente früher dem prioritären Schutz der Gottesdienste, sowie der Arbeitnehmer. Demzufolge dürfe ein Kiosk außerhalb der Gottesdienstzeiten drei Stunden öffnen. Diese seien aber um 9, 10, 11, 12, 15 und um 18 Uhr, da werde es dann mit drei Stunden schon schwierig.

Die Verwaltung könne nur – und er hoffe, dass der Rat der Stadt sich dem anschließe - an den Landesgesetzgeber appellieren, hier entsprechend lebensnahe Änderungen zu schaffen. Eine Abfrage informeller Art in Oldenburg habe ergeben, dass man das Gesetz dort zur Kenntnis nähme aber auch nicht mit Priorität kontrolliere. Auch in Wilhelmshaven sei es die letzten zwölf Jahre so praktiziert worden. Diese Verwaltungspraxis wird zukünftig fortgesetzt.

9.1 Sachstand Tourismuskonzept

Frau Becker stellt den aktuellen Sachstand anhand der Sitzung beigefügten Präsentation vor.

10 Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die "Handlungsmöglichkeiten der kommunalen Vertreter im Verwaltungsrat der Sparkasse" **138/2025**

Herr Engesser stellt den Prüfbericht anhand der zur Sitzung beigefügten Präsentation vor.

Herr Heinemann bedankt sich bei Herrn Engesser für die Ausführungen und fragt an, ob der Bericht explizit den beiden Vorstandsmitgliedern und anderen Mitgliedern des Verwaltungsrats zugeleitet worden sei.

Herr Engesser teilt mit, dass der Prüfbericht als öffentliche Anlage im Ratsinformationssystem hinterlegt sei.

Herr Ehlers stellt eine Frage zur Thematik der Haftung. Wenn man in anderen Aufsichtsgremien sei und einem die berufliche Expertise um der Tätigkeit im Aufsichtsrat gerecht zu werden fehle, dann setze man sich einem hohen Haftungsrisiko aus. Gilt das ähnlich für den Verwaltungsrat? Ist der Rat also gehalten nur Mitglieder zu entsenden, die die Besonderheiten im Bankenwesen durchschauen oder ist der Verwaltungsrat ein Gremium für jede Person?

Herr Engesser antwortet, dass wenn man so ein Amt übernehme und sich in einen Verwaltungsrat entsenden lasse, dann sei man auch in der Verpflichtung sich

darüber kenntlich zu machen welche Rechten und Pflichte man habe. Dazu gehören seiner Meinung nach auch die von Herrn Ehlers angesprochenen Dinge.

Herr Heinemann ergänzt als Antwort auf die Frage von Herrn Ehlers, dass man für das Amt eine persönliche Zuverlässigkeit und sachliche Kenntnis brauche. Zu Beginn einer Tätigkeit im Verwaltungsrat habe man pflichtweise ein Seminar zu absolvieren, dass in jährlichen Abständen aufgefrischt werden müsse.

Beschluss: zur Kenntnisnahme

Der Rat nimmt den beigefügten Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes zur Kenntnis.

11 Bekanntgabe einer Eilentscheidung gem. § 89 NKomVG

Oberbürgermeister Feist informiert, dass **Bürgermeisterin Zaage** und er am 30. April 2025 eine Eilentscheidung gem. § 89 NKomVG getroffen hätten. Es handle sich um die Beschaffung von zwei PKW für den Hafenärztlichen Dienst mit einer Gesamtsumme von 53.681,20 €. Die Fahrzeuge seien zur Sicherstellung des Auftrages des Hafenärztlichen Dienstes zwingend erforderlich. Die Finanzierung erfolge zu 90% aus Fördermitteln des Bundes und zu 10% aus Fördermitteln des Landes. Die Dringlichkeit habe sich aus der Bindefrist des Anbieters ergeben. Diese lief bereits am 2. Mai 2025 ab.

Herr Stump fragt, warum sowas eine Eilentscheidung sein müsse.

Oberbürgermeister Feist erklärt, dass innerhalb der Frist keine Ratssitzung stattgefunden habe. Für so eine Situation habe der Gesetzgeber die Möglichkeit einer Eilentscheidung gegeben.

12 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Block)

12.1 Um- und Neubesetzung von Gremien und Ausschüssen (auf Antrag vom Beigeordneten Heinemann und Ratsherrn Lehmann)

Herr Heinemann bracht die Vorlage in Vertretung für Herrn Block ein. Seine Anmerkungen bezögen sich nur auf den Seniorenbeirat.

Herr Lehmann informiert, dass er mit heutigem Schreiben um Verlegung auf die nächste Ratssitzung gebeten habe.

Ratsvorsitzender Becker teilt mit, dass über den Antrag von Herrn Lehmann heute nicht abgestimmt werde.

Herr Heinemann berichtet, dass Frau Kleinow nicht mehr an den Sitzungen des Seniorenbeirats teilnehmen könne. Er spricht Frau Kleinow seinen Dank für Ihre Arbeit aus.

Als Nachfolgerin stünde laut **Herrn Schönfelder** Frau Siebert auf der Liste. Diese habe jedoch mitgeteilt, dass Sie nicht zur Verfügung stehe. Herr Klein stehe nun als nächstes auf der List und somit müsse über Ihn abgestimmt werden.

Frau Mandt spricht den Wunsch aus, mehr über Herrn Klein zu erfahren bevor Sie abstimme.

Herr Schönfelder teilt mit, dass er zu den bisherigen Tätigkeiten von Herrn Klein keine Auskünfte geben könne.

Die Benennung von Herr Klein als Nachfolger wird bei 4 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt.**

Auf Nachfrage von **Herrn Heinemann** ob die Verwaltung nun einen weiteren Vorschlag machen müsse, antwortet **Herr Schönfelder,** dass der Tagesordnungspunkt zur nächsten Ratssitzung mit einem neuen Vorschlag erneut aufgerufen werde.

12.2 Änderung der Hauptsatzung **67/2025**

Herr Heinemann trägt in Vertretung für Herrn Block den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 24.03.2025 vor.

Herr Brandt zeigt sich nicht damit Einverstanden, dass die Veröffentlichung nur noch im Internet erfolge. Es gäbe in Wilhelmshaven viele Menschen die auf eine Veröffentlichung in der Tageszeitung angewiesen seien. Er werde dagegen stimmen.

Frau Mandt weist daraufhin, dass es bei dieser Vorlage nur darum ginge, dass eben auch andere Ämter und dritte das elektronische Amtsblatt nutzen dürfen. Die CDU-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 35 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die beigefügte Satzung zur Änderung der Hauptsatzung.

12.3 Abberufung der Gleichstellungsbeauftragten **85/2025**

Herr Heinemann trägt in Vertretung für Herrn Block den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 19.05.2025 vor.

Für **Herrn Stump** stellt sich die Frage, nach den Gründen für die Aufgabe der Position als Gleichstellungsbeauftragte.

Herr Brandt informiert, dass im Verwaltungsausschuss die Vorlage aufgrund offener Fragen vertagt worden sei. Er stellt somit auch hier im Rat den Geschäftsordnungsantrag auf **Vertagung**.

Beschluss: vertagt
(bei 34 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme)

Frau Nicole Biela wird mit Ablauf des 30.04.2025 als Gleichstellungsbeauftragte abberufen.

13 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

13.1 Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt (Beigeordneter Heinemann)

13.1.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **110/2025**

Herr Heinemann trägt den Beschlussvorschlag aus dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt vom 19.05.2025 vor.

Herr Burkhart sagt, dass im FBH und im VA die Frage gestellt wurde, woher der Betrag in Höhe von € 5.000,00 stammt.

Herr Schönfelder teilt mit, dass der Betrag nicht aus dem Schulbudget stamme und aus welchen Mitteln die Summe ansonsten akquiriert werde, müsse der Verwaltung nicht vorgetragen werden. Die Schule habe die Möglichkeit dies eigenständig zu entscheiden.

Herr Burkhart widerspricht der en block Abstimmung.

Herr Tönjes stellt den Geschäftsordnungsantrag auf **Vertagung** für Punkt 3, da die Gruppe „Gemeinsam Bunt“ wissen möchte, woher das Geld stamme und die Aussage von Herrn Schönfelder nicht ausreiche.

Herr Schönfelder korrigiert seine vorherige Aussage. Nach Rücksprache mit dem Fachbereich handle es sich um eine Zuwendung die das NGW tatsächlich aus dem Budget genommen habe.

Herr Burkhart dankt für die zusätzliche Erläuterung, es sei jedoch nicht klar, ob aus dem Schulbudget eine Spende erfolgen dürfe. Das müsse rechtlich geklärt werden.

Herr Schönfelder erläutert, dass es im eigentlichen Sinne auch keine Spende sei. Es gäbe dazu auch keine Spendenbescheinigung. Es sei eine Verschiebung von Mitteln aus dem Schulbudget zugunsten der Anschaffung durch GGS.

Herr Burkhart teilt mit, es müsse dann laut Haushaltserlass für das Schulbudget einen Beschluss geben, dass die Mittel dafür verwendet würden. Er bittet darum, ihm diesen Beschluss auszuhändigen – auch im Nachgang – ansonsten müsse er heute dagegen stimmen.

Herr Ehlers gibt seine eigene Einschätzung ab. Es sei unschädlich die Spende des Fördervereins anzunehmen und den Betrag des NWG einfach umzubuchen. Die hätten mit Ihrem Schulbudget nur das getan, wofür es da ist. Den Umweg über eine Zuwendung im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG zu gehen halte er für Überflüssig. Er stellt den weitergehenden Antrag auf **Nichtbefassung für Punkt 3**.

1)

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Zuwendung:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Frau Marxfeld-Paluszak Bismarckstr. 114 26382 Wilhelmshaven	3.450,00 €	Sachspende in Form von 3 gerahmten Bilden und 1 Mappe mit 26 Skizzen

2)

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Zuwendung:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
2. Förderverein NGW e. V. Mühlenweg 63/65 26384 Wilhelmshaven	3.000,00 €	Geldspende zur Förderung pädagogischer Projekte/Schulhofgestaltung

3)

Beschluss: Nichtbefassung
(Bei 35 Ja-Stimmen)

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Zuwendungen:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
3. Neues Gymnasium Wilhelmshaven Mühlenweg 65/65 26384 Wilhelmshaven	5.000,00 €	Geldspende zur Förderung pädagogischer Projekte/Schulhofgestaltung

13.1.2 Zinssatz für die kalkulatorische Verzinsung zum Haushalt 2026 für kostenrechnende Einrichtungen **167/2025**

Herr Heinemann trägt den Beschlussvorschlag aus dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt vom 19.05.2025 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven setzt den Zinssatz für die kalkulatorischen Zinsen der kostenrechnenden Einrichtungen zum Haushalt 2026 auf 1,91 % (bisher 2,01 %) fest.

13.2 Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Häfen (Beigeordneter Burkhart)

13.2.1 Net-Zero Valley - Wilhelmshaven als Teil des NetZero Nordwest-Deutschland **129/2025**

Herr Burkhart trägt die Informationsvorlage aus dem Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Häfen vom 12.05.2025 vor.

Herr Tönjes sagt, dass es hier um die Beschleunigung von Verfahren ginge. Wie Zukunftssicher sei es denn, wenn man Umweltstandards absenke um Verfahren zu beschleunigen und wie verantwortungsvoll sei es Verbandsklagen abzuschaffen. Man sei für die Energiewende, jedoch dürfe das nicht auf dem Rücken solcher Rechte geschehen. Dem müsse man an dieser Stelle widersprechen. Die Bedürfnisse der Natur müsse in Blick genommen werden.

Herr Heinemann teilt mit, dass man im ganzen Bund und ganzen Land bemüht sei, Prozesse auf das notwendige Maß abzusenken. Das könne man auch für Wilhelmshaven verantworten und dafür sei die CDU-Fraktion.

Herr Berner bezieht sich auf die Aussage von Herrn Tönjes. Er empfinde es polemisch, wenn man eine Verkürzung von Fristen mit einer Herabsetzung oder Aussetzung von Rechten gleichsetze. Für die Energiewende sei es wichtig beschleunigte Verfahren für den Klimaschutz zubekommen.

Herr Tönjes möchte klarstellen, dass er für den Umweltschutz sei.

Beschluss: zur Kenntnisnahme

Die Jade-Weser-Wirtschaftsregion mit ihrer strategischen Lage an der Nordsee, den bestehenden Infrastrukturen im Energie- und Logistikbereich sowie der Nähe zu erneuerbaren Energieressourcen ist ein Schlüsselstandort der Transformation und erfüllt alle Voraussetzungen, Teil einer Net-Zero-Region zu sein. Eine entsprechende überregionale Antragstellung im Rahmen der Wirtschaftsförderung soll im Mai 2025 erfolgen.

13.2.2 Geschäftsordnung Strategierat "Grüne Region am Meer" **130/2025**

Herr Burkhart trägt den Beschlussvorschlag aus dem Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Häfen vom 12.05.2025 vor. Aufgrund mehrerer Themen sei geplant gewesen, dass die Vorlage in den Ausschuss zurückverwiesen werde.

Oberbürgermeister Feist stellt den Antrag auf **Zurückverweisung** in den Ausschuss Wirtschaft Tourismus und Häfen.

Beschluss: an Fachausschuss verwiesen
(bei 35 Ja-Stimmen)

I. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Geschäftsordnung des Strategierates „Grüne Region am Meer“.

II. Der Strategierat tritt in Kraft, sobald der Rat der Stadt Wilhelmshaven ~~und der Landkreis Friesland~~ dessen Geschäftsordnung beschlossen hat.

13.3 Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (Ratsfrau Weinstock)

13.3.1 Änderung der Entgeltordnung für das Stadttheater **97/2025**

Frau Weinstock trägt den Beschlussvorschlag aus dem Ausschuss für Kultur und Wissenschaft vom 01.04.2025 vor.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 34 Ja-Stimmen und einer Enthaltung)

Der Änderung der Entgeltordnung des Stadttheaters ab der Spielzeit 2025/2026 wird stattgegeben.

13.3.2 Verabschiedung des Kulturmaßnahmenkonzepts als Grundlage für die Erarbeitung eines Kulturentwicklungsplans **98/2025**

Frau Weinstock trägt den Beschlussvorschlag aus dem Ausschuss für Kultur und Wissenschaft vom 01.04.2025 vor.

Herr Bulla stellt folgenden **Änderungsantrag**:

„Bereits angestoßene Handlungsempfehlungen werden parallel zur Anfertigung des Kulturentwicklungskonzeptes fortgeführt. Weitere Maßnahmen können bei freien Arbeitskapazitäten vom Kulturbüro begonnen und umgesetzt werden. Für die Fertigstellung des Kulturentwicklungskonzepts wird spätestens der 31.03.2026 angesetzt.“

Dem Änderungsantrag wird bei 33 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen **mehrheitlich zugestimmt.**

Es folgten Wortmeldungen von **Frau Heide** und **Herrn Ehlers**, welcher sich dankbar für das gute Team im Kulturbüro zeigte.

Beschluss: geänderter Beschlussvorschlag
(bei 33 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, das vorliegende Kulturmaßnahmenkonzept als Grundlage für die weitere Erarbeitung eines Kulturentwicklungsplans zu verabschieden. Die weitere Ausarbeitung erfolgt durch das Kulturbüro in enger Kooperation mit unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren der Kulturlandschaften der Stadt.

Bereits angestoßene Handlungsempfehlungen werden parallel zur Anfertigung des Kulturentwicklungskonzeptes fortgeführt. Weitere Maßnahmen können bei freien Arbeitskapazitäten vom Kulturbüro begonnen und umgesetzt werden. Für die Fertigstellung des Kulturentwicklungskonzepts wird spätestens der 31.03.2026 angesetzt.

(Auf Änderung von Herrn Bulla, Herrn Tönjes und Frau Bosse im Rat am 02.06.2025)

Im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt wurde die Sitzung für eine **Pause von 15:30 Uhr bis 15:45 Uhr** unterbrochen.

13.3.3 Neufassung der Benutzungsordnung und Entgeltordnung der Stadtbibliothek Wilhelmshaven **179/2025**

Die Vorlage wurde bei der Feststellung der Tagesordnung durch **Oberbürgermeister Feist** zurückgezogen.

Beschluss: zurückgezogen

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Neufassung der Benutzungsordnung der Stadtbibliothek Wilhelmshaven, zuletzt geändert am 01.01.2009 und die Neufassung der Entgeltordnung der Stadtbibliothek Wilhelmshaven, zuletzt geändert am 01.01.2014.

13.4 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Schön)

13.4.1 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Jadeallee /Wiesbadenbrücke" - Beschluss zur fortgeschriebenen Kosten- und Finanzierungsübersicht **64/2025**

Herr Stoermer trägt den Beschlussvorschlag in Vertretung für Herrn Schön aus dem Ausschuss für Planen und Bauen vom 13.05.2025 vor.

Herr Marušić informiert, dass die Vorlage aufgrund von Änderungswünschen ursprünglich vertagt worden sei. Diese Änderungen seien nun umgesetzt. Für Freiflächen am Pumpwerk und anderen Projekten wurden die Mittel drinnen gelassen, in der Hoffnung, dass man diese so umgesetzt bekomme.

Herr Ehlers erwähnt, dass in der Jadeallee Fahrradbügel aufgebaut worden seien. Er wisse nicht, ob dies geschehen sei um das Falschparken in den Abendstunden zu unterbinden. Er bittet die Verwaltung sich darum zu kümmern, dass die sanierten Gehwege nicht durch falsch parkende Fahrzeuge beschädigt werden. Man solle dort auch in den Abendstunden mehr kontrollieren.

Herr Marušić teilt mit, dass in Vertretung von Herrn Bruns diesen Wunsch an das Ordnungsamt weitergeben werde.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 24 Ja-Stimmen und 11 Enthaltungen)

Der fortgeschriebenen Kosten- und Finanzierungsübersicht (KoFi) im Sanierungsgebiet *Jadeallee/Wiesbadenbrücke* wird zugestimmt.

13.4.2 95. Änderung des rechtswirksamen Flächennutzungsplans in der Fassung der Neubekanntmachung vom 19.11.2022 -Bürgerwindpark Klein Westerhausen-,Entwurfsbeschluss **150/2025**

Herr Stoermer trägt den Beschlussvorschlag in Vertretung für Herrn Schön aus dem Ausschuss für Planen und Bauen vom 13.05.2025 vor.

Frau Mandt teilt mit, dass Sie sich als Ortsbürgermeisterin besonders über eine Zustimmung freuen würde.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 33 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf der 95. Änderung des Flächennutzungsplans –Bürgerwindpark Klein Westerhausen- zu und beschließt, diesen mit Begründung und umweltbezogenen Stellungnahmen einen Monat lang zu veröffentlichen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

13.4.3 Bebauungsplan Nr. 219, 1. Änderung - Heppenser Groden Nord / Zum Ölhafen - Aufstellungsbeschluss **153/2025**

Herr Stoermer trägt den Beschlussvorschlag in Vertretung für Herrn Schön aus dem Ausschuss für Planen und Bauen vom 13.05.2025 vor.

Herrr Marušić teilt mit, dass mit der Änderung die Energietransformation auch an dieser Stelle gewährleistet sei. Zusätzlich soll auch eine Erweiterungsfläche für die Kläranlage eingeplant werden.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 30 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394) geändert worden ist, die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. **219, 1. Änderung** –HEPPENSER GRODEN NORD / ZUM ÖLHAFEN-.
Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

13.4.4 96. Änderung des rechtswirksamen Flächennutzungsplans in der Fassung der Neubekanntmachung vom 29.11.2024 - Zwischen Weserstraße und Ems-Jade-Kanal-, Aufstellungsbeschluss **154/2025**

Herr Stoermer trägt den Beschlussvorschlag in Vertretung für Herrn Schön aus dem Ausschuss für Planen und Bauen vom 13.05.2025 vor.

Herr Marušić erklärt, dass man erst jetzt mit der Änderung des Flächennutzungsplanes in den Rat komme und nicht gleichzeitig mit der Aufstellung zum Bebauungsplan 228. Es wurde ermittelt wo ein urbanes Entwicklungsgebiet angesiedelt werden könne um die Entwicklungsmöglichkeiten des gegenüberliegenden Gewerbebetriebs deutlich zu verbessern.

Herr Tönjes bittet um Aufklärung, was das für die Firma Alba bedeute.

Herr Marušić führt dazu aus, dass ein urbanes Gebiet tagsüber mehr Lärm zu lasse. Das ermögliche, dass der Gewerbetreibende dort tagsüber mehr Lärm emissieren könne und gleichzeitig erlaube das Gebiet zukünftig eine gemischte- und eine Wohnbebauung.

Herr Tönjes teilt mit, dass zukünftig weniger Lärm erlaubt sei, wenn da ein urbanes Gebiet draus gemacht werde da wir aktuell ein Gewerbegebiet dort haben. Die Firma Alba habe angekündigt, ein Verfahren anzustreben sollte es dort Änderungen geben.

Herr Marušić teilt mit, dass von der Firma ein Norm-Kontrollverfahren angestrengt worden sei. Man habe faktisch aktuell dort in vielen Bereichen ein Mischgebiet und kein reines Gewerbegebiet. Ein urbanes Gebiet lasse eine höhere Lärmbelästigung als ein Mischgebiet zu und daher sei es eine positive Veränderung für den Gewerbetreibenden.

Herr Tönjes teilt mit, dass die Firma Alba es wohl anders sehe. Die Gruppe „Gemeinsam Bunt" werde der Vorlage nicht zustimmen da man die Firma Alba nicht gefährden möchte.

Herr Marušić sagt, dass Alba sich gegen den Teil des Planes wende, der bereits beschlossen worden sei. Der Plan der heute hier vorliegt, sei Teil der Lösung.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 26 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 (1) Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394), die Aufstellung die 96. Änderung des Flächennutzungsplans – **Zwischen Weserstraße und Ems-Jade-Kanal**- in der Fassung der Neubekanntmachung vom 29.11.2024.
Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

13.4.5 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Westliche Südstadt" - Verstetigung Sanierungsbeirat **163/2025**

Herr Stoermer trägt den Beschlussvorschlag in Vertretung für Herrn Schön aus dem Ausschuss für Planen und Bauen vom 13.05.2025 vor.

Herr Burkhart merkt zur Vorlage an, dass man sich eine Begrenzung auf 2 Jahre gewünscht habe.

Herr Marušić teilt mit, dass es nur für die Maßnahmen gelte, die aktuell im Bau sind und noch gefördert werden können. Man rechne damit, dass das Ganze noch ein Jahr laufen werde und die angemerkte Frist von zwei Jahren somit keine Auswirkungen habe.

Frau Mandt fragt nach ob die Aufwandsentschädigung für die Mitglieder mit dem Sanierungsgebiet ende. Wenn es eine Stadtteilkonferenz wird, werde es keine Aufwandsentschädigung geben.

Herr Marušić antwortet, dass das genauso sei. Man spräche vielleicht noch von zwei bis drei Sitzungen.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

1.Der kurzfristigen Fortführung des Sanierungsbeirates „Westliche Südstadt“ bis zum Abschluss der letzten geförderten Maßnahmen und der darauffolgenden Aufhebung des Sanierungsbeirates in der jetzigen Form gemäß jetziger Geschäftsordnung wird zugestimmt.

2. Eine Verstetigung des Sanierungsbeirates z. B. in Form einer Stadtteilkonferenz ist anzustreben. Das Format ist in Zusammenarbeit mit dem Sanierungsbeirat zu klären.

13.5 Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration (Ratsfrau Schröder)

13.5.1 Austritt des LK Wesermarsch aus der Gesundheitsregion **94/2025**

Frau Schröder trägt den Beschlussvorschlag aus dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration vom 27.03.2025 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 28 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen)

Der Landkreis Wesermarsch wird im Einvernehmen mit dem Landkreis Friesland wunschgemäß rückwirkend zum 1.1.2025 aus der Gesundheitsregion Jade-Weser entlassen. Die Gesundheitsregion wird mit dem Landkreis Friesland bis zum Ende des Jahres 2025 fortgeführt und soll auch darüber hinaus erhalten werden.

13.5.2 Antrag Gruppe "Gemeinsam BUNT" auf Aufnahme eines Tagesordnungspunktes "Institutionelle Förderung für den Verein der Arbeitslosen Wilhelmshaven / Friesland e.V. (ALI)" **506/2025**

Herr Tönjes bringt den Antrag der Gruppe „Gemeinsam BUNT“ ein und stellt einen Vertagungsantrag.

Beschluss: vertagt
(bei 25 Ja-Stimmen und 10-Nein Stimmen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:
Die Verwaltung erstellt eine Beschlussvorlage für eine institutionelle und eine projektbezogene Förderung für den Verein der Arbeitslosen Wilhelmshaven/Friesland e.V.
Die Beschlussvorlage soll anschließend schnellstmöglich in die Ausschüsse

- Soziales, Gesundheit und Integration
- Finanzen, Beteiligungen und Haushalt

zur weiteren Beratung eingebracht werden.

Folgende Punkte sollten berücksichtigt werden:

1. Eine institutionelle Förderung sollte durch einen jährlichen Sockelbetrag sichergestellt werden, um die grundlegende Arbeit und die Aufrechterhaltung der Angebote des Vereins zu gewährleisten.
2. Zusätzlich sollte dem Verein die Möglichkeit eingeräumt werden, projektbezogene Zuschüsse zu beantragen, um besondere Projekte oder Aktivitäten zu finanzieren, die nicht durch die Grundförderung abgedeckt sind.
3. Eine weitergehende Förderung sollte geprüft werden, sofern der Verein zusätzliche Mittel von Land oder Bund erhält oder Aufgaben der städtischen Verwaltung übernimmt.
4. Um eine transparente und bedarfsgerechte Förderung sicherzustellen, sollte die Verwaltung gemeinsam mit dem Verein ein Verfahren zur Anpassung der städtischen Förderung bei Zugang anderer öffentlicher Mittel entwickeln. Dies sollte in einem jährlichen Bericht dokumentiert werden.
5. Zwischen der Stadt Wilhelmshaven und dem Verein der Arbeitslosen Wilhelmshaven / Friesland e.V. sollte – analog zur Vereinbarung mit dem Verein für kommunale Prävention – ein entsprechender Vertrag über die Förderung und Zusammenarbeit geschlossen werden.
6. Die Bereitstellung der notwendigen Mittel sollte im Rahmen eines Nachtragshaushalts erfolgen, um eine zeitnahe Umsetzung sicherzustellen.
7. Die Verwaltung sollte dem Rat einen Vorschlag zur Gegenfinanzierung der Fördermittel vorlegen, um die finanzielle Belastung des Haushalts zu minimieren.

13.6 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsfrau Mandt)

13.6.1 Übersicht der in 2024 erfolgten Verkaufsfälle von Erbbaurechtgrundstücken **43/2025**

Frau Mandt trägt die Informationsvorlage aus dem Betriebsausschuss Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven vom 03.04.2025 vor.

Beschluss: zur Kenntnisnahme

Gemäß Ratsbeschluss vom 15.12.2021 (356/2021) wurde allgemein dem Verkauf von Erbbaurechtgrundstücken an den Erbbauberechtigten in der Regel zum Bodenrichtwert zugestimmt. Dem Rat ist in seiner letzten Sitzung des Jahres eine Übersicht über alle Verkaufsfälle von Erbbaurechtgrundstücken zum vollen Bodenrichtwert vorzulegen.

13.6.2 Grenzstraße 24 - Jadezentrum - Beendigung Mietverhältnis **95/2025**

Frau Mandt trägt den Beschlussvorschlag aus dem Betriebsausschuss Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven vom 08.05.2025 vor.

Herr Stump teilt mit, dass die AFD-Fraktion der Idee der SPD-Fraktion die alte Stadthalle zu sanieren mit Sympathie begegne. Wenn McFit dort nicht mehr untergebracht sei, stünde das Gebäude komplett leer und man werde der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Becker stellte klar, dass für den heutigen Rat keinen Antrag der SPD-Fraktion zur Sanierung der Stadthalle vorläge.

Herr Tönjes stellt die Frage, wer wem gekündigt habe. Möchte McFit aus dem Gebäude raus?

Herr Marušić klärt auf, dass das Vertragsende zum 31.07.2026 mit McFit so besprochen sei.

Herr Tönjes entgegnet, dass man dann ja keine Kündigung aussprechen müsse. Es sei weiterhin nicht klar, von wem die Initiative komme.

Herr Marušić teilt mit, dass die Initiative durch die Verwaltung gekommen sei, um nicht in große Investitionskosten für einen kurzen Zeitraum zu geraten. Die Investitionen seien nicht sachdienlich für eine Wiederinbetriebnahme einer Stadthalle. Die hier zu tätigen Investitionen seien dann verloren. Wenn man das gesamte Gebäude wieder in Betrieb nehmen möchte, müssten gänzlich alle technischen Anlagen wieder in Stand gesetzt werden. Solange McFit noch im Gebäude sei, könne man keine gänzliche Überarbeitung vornehmen. Somit sei es für einen Verkauf sowie auch für einen Weiterbetrieb hinderlich, McFit im Gebäude zu haben.

Herr Tönjes weist daraufhin, dass es in der Begründung einige Änderung gegeben habe. Man komme beim Lesen zum Schluss, dass in der Vergangenheit nicht viel an Wartung passiert sei. Wenn der letzte Mieter raus sei, verfiele das Gebäude vermutlich ganz und da habe er Schwierigkeiten mit. Es scheint wirtschaftlich nicht tragbar zu sein, wenn jedoch niemand mehr im Gebäude ist, habe man ganz verloren.

Herr Marušić sagt, dass der Rat 2021 beschlossen habe, an dem Standort keine Stadthalle mehr zu betreiben und die Immobilie zum Verkauf zu stellen. Dem Rat wurden die Folgekosten beim Kauf im Jahre 2011 oder 2012 dargestellt. Es gehe hier einzig und allein um den Vertrag mit McFit. Die TÜV-Prüfung würde zu erheblichen Kosten führen die die Mieteinnahmen überstiegen.

Herr Reinhardt plädiert dafür den Mietvertrag schnellstmöglich zu kündigen. Es scheine auch keine Kaufinteressenten zu geben. Man solle es an den Höchstbietenden abgeben und den Abriss als Bedingung koppeln.

Frau Stomberg fragt ob das Gebäude versichert sei, wenn der Mietvertrag beendet werde und die Sprinkleranlage nicht funktioniere.

Herr Marušić beantwortet die Frage damit, dass man mit der Versicherung sprechen werde um zu klären was die Außerbetriebnahme der Sprinkleranlage für die Versicherungstantieme bedeuten würde.

Auf die Frage von **Frau Schröder**, ob McFit ein Sonderkündigungsrecht habe, wenn die Sprinkleranlage nicht mehr gewartet werde oder nicht mehr funktioniere, antwortete **Herr Marušić**, dass die Sprinkleranlage vernünftig funktionieren werde, solange McFit im Gebäude verbleibt. Man komme aber nicht um die TÜV-Prüfung herum.

Frau Mandt teilt mit, dass die CDU-Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Auch werde man beim Beschluss zum Verkauf des Gebäudes bleiben.

Herr Baruschke teilt mit, dass das Haus eigentlich weiter gepflegt werde müsse um den Wert zu erhalten. Auch möchte er wissen ob die Stadt McFit bei der Suche nach einem neuen Gebäude unterstützt.

Herr Stoermer kündigt einen Antrag der SPD-Fraktion zum Erhalt der Stadthalle für eine zukünftige Ratssitzung an.

Herr Ehlers plädiert dafür aus Haushaltswirtschaftlichen Gründen der Vorlage zu folgen.

Auf Nachfrage von **Frau Kloster** teilte **Herr Marušić** mit, dass die Sprinkleranlage nicht weiter betrieben werde müsse, wenn das Gebäude nicht genutzt wird.

Herr Walzner verweist darauf, dass bei einem Leerstand das Haus abgesichert werden müsse. Die Kosten dafür könnten schnell sechsstellig werden.

Nach einer weiteren Wortmeldung von **Herrn Werner,** stellte **Herr Tönjes** den Geschäftsordnungsantrag auf **Vertagung.**

Herr Marušić teilt auf Nachfrage mit, dass die Frist zum Widersprechen der Verlängerung des Mietvertrages beim 31.07.2025 läge.

Beschluss: vertagt
(bei 18 Ja-Stimmen und 17-Nein-Stimmen)

Der Verlängerung des Mietverhältnisses mit McFit für den Betrieb eines Fitness-Studios in der Grenzstr. 24 wird widersprochen, sodass das Mietverhältnis zum 31.07.2026 endet.

13.6.3 Ankauf Bismarckstraße 213 - zur Nutzung für die Grundschule Stadtmitte **96/2025**

Frau Mandt trägt den Beschlussvorschlag aus dem Betriebsausschuss Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven vom 08.05.2025 vor.

Herr Tönjes teilt mit, dass der Verwaltungsausschuss beschlossen habe, die Vorlage nochmal prüfen zu lassen. Man habe erhebliche Schwierigkeiten mit den vorhandenen Unterlagen. Der Energieausweis weise keine Energieeffizienzklasse auf. Die Gültigkeit des Ausweises stimme ebenfalls nicht.

Herr Marušić sagt, dass ein Energieausweis vorgeschrieben sei. Es sei ein Verbrauchsausweis und wie der Aussteller auf die Werte gekommen ist, könne er nicht beantworten.

Herr Tönjes bringt folgenden Änderungsantrag für die Gruppe „Gemeinsam Bunt" und die SPD-Fraktion ein:

„Der Rat beschließt,

die Verwaltung wird beauftragt, umgehend die kurzfristige Entlastung der Grundschule Stadtmitte durch die Bereitstellung geeigneter Containerlösung sicherzustellen.

Sicherzustellen ist:

1. *Die Containeranlage umfasst Unterrichts- Differenzierungs- und Aufenthaltsräume sowie notwendige Sanitäranlagen entsprechend dem pädagogischen Bedarf.*
2. *Die Container werden möglichst auf dem Schulgelände der GS Stadtmitte errichtet oder in unmittelbarer Nähe.*
3. *Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend die erforderlichen Ausschreibungen vorzubereiten, die Finanzierung zu sichern und den Rat über den Zeit- und Kostenrahmen kurzfristig zu berichten."*

Herr Hager teilt mit, dass man sich dem Änderungsantrag gerne angeschlossen habe. Er bittet um Zustimmung.

Herr Ehlers stellte einen Antrag um dem Schulleiter, Herrn Stefan Immega, das Wort zu erteilen.

Nach einer Wortmeldung von **Herrn Morisse** wurde dem Antrag von **Herrn Ehlers** wurde bei 33 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung **mehrheitlich zugestimmt**.

Herr Immega teilt mit, dass man bei einer Containerlösung auf viele Grünflächen auf dem Schulhof verzichten müsse. Man sei offen für die Variante, die den Schülern am besten helfe. Seine bitte sei, dass man jedoch möglichst heute eine Entscheidung treffe.

Herr Marušić zeigt auf, wie sich eine Containerfläche auf dem Schulhof darstellen ließe.

Frau Mandt fragt Herrn Immega, ob Sie das richtig verstanden hätte, dass im Winterhalbjahr in den Pausen auf der Rasenspielfläche nicht gespielt werden könne. Die Grundschulkinder müssten dann in der Pause auf dem kleinen restlichen Schulhof untergebracht werden.

Herr Immega bestätigt, dass die Grünfläche im Winter gesperrt würde, damit die Schule nicht verschmutzt werde. Mit der Reinigung komme man sonst nicht hinterher. Die Schüler müssten sich dann auf der Asphaltfläche aufhalten.

Herr Bulla bedankt sich bei Herrn Immega. Man solle jetzt sofort entscheiden das Gebäude zu kaufen.

Herr Reinhardt verweist darauf, dass die Schüler zwei Straßen überqueren müssten. Er plädiert dafür, dass man im Schulausschuss nochmal drüber spreche um eine Lösung für einen Standort an der Schule zu finden.

Herr Burkhart teilt mit, dass der Schule auch Sanitäranlagen fehlen. Das biete das Gebäude an der Bismarckstraße nicht. Auch kritisiert er, dass im Winter nur aus Reinigungsgründen die Grünflächen gesperrt werden solle. Er plädiert für die Containervariante.

Frau Zaage gibt zu bedenken, dass man nicht rechtzeitig die Containerlösung fertigstellen könne. Man solle drauf hören was der Schulleiter sich für die Schüler wünsche. Auch solle man den Aussagen von Fachleuten vertrauen.

Nach weiteren Wortmeldungen von **Frau Stomberg** und **Frau Weinstock,** die sich für die Containerlösung aussprachen, antworte **Herr Marušić** dass man keine Komplettsanierung des Gebäudes machen wolle. Eine Containerlösung benötige ungefähr 12 Monate ab Beschluss. Auch der Umbau der Bismarckstr. würde einige Zeit benötigen.

Auf die Frage von **Herrn Moriße** wie viele Container benötigt würden und wie sich die Kosten der Varianten darstellen, antworte **Herr Marušić,** dass man bei der Containerlösung auf Kosten in Höhe von ca 2.000,00 € pro m² und bei dem Gebäude auf ca 1.500,00 € pro m² komme.

Herr Schönfelder lenkt die Diskussion auf die Schulentwicklungsplanung. Die Planerin regt zur Entschlackung eine multifunktionale Nutzung von Räumlichkeiten an. Die Lösung mit der ehemaligen Sparkasse, in die die Bibliothek und der Werkbereich verlagert werden sollen, würde im Hauptgebäude auch Räumlichkeiten frei werden lassen.

Nachdem **Herr Ehlers** darauf hinwies, dass es sich bei der Containerlösung nur um ein Provisorium handle, dass im Gegensatz zu einem Gebäude keinen dauerhaften

Bestand und wirtschaftlichen Wert habe, meldete sich **Herr Tönjes** abschließend zu Wort und sprach den Zustand des Gebäudes und mögliche Heizkosten an.

Der Änderungsantrag wurde bei 21 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen **mehrheitlich zugestimmt.**

Beschluss: geänderter Beschlussvorschlag
(bei 21 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und einer Enthaltung)

~~Der Rat stimmt dem Ankauf Bismarckstr. 213 (Gemarkung Rüstringen, Flur 6, Flurstück 43/9) mit einer Gesamtfläche von 794 m² zu einem Ankaufspreis in Höhe von 230.000,00 € (zzgl. Nebenkosten) von Raquel Werner, Am Bulsterdeich 14, 26452 Sande zu.~~

Der Rat beschließt,

die Verwaltung wird beauftragt, umgehend die kurzfristige Entlastung der Grundschule Stadtmitte durch die Bereitstellung geeigneter Containerlösung sicherzustellen.

Sicherzustellen ist:

4. Die Containeranlage umfasst Unterrichts- Differenzierungs- und Aufenthaltsräume sowie notwendige Sanitäranlagen entsprechend dem pädagogischen Bedarf.
5. Die Container werden möglichst auf dem Schulgelände der GS Stadtmitte errichtet oder in unmittelbarer Nähe.

Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend die erforderlichen Ausschreibungen vorzubereiten, die Finanzierung zu sichern und den Rat über den Zeit- und Kostenrahmen kurzfristig zu berichten.

(Auf Änderungsantrag der Gruppe „Gemeinsam BUNT“ und der SPD-Fraktion in der Ratssitzung vom 02.06.2025)

Im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt wurde die Sitzung für eine **Pause von 18:20 Uhr bis 18:35 Uhr** unterbrochen.

13.6.4 Verkauf - Antonslust 15 - Hofstelle Fegefeuer **131/2025**

Frau Mandt bringt die Beschlussvorlage aus dem Betriebsausschuss Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven vom 08.05.2025 ein und stellte den Geschäftsordnungsantrag auf **Vertagung**, da Herr Klatt das Konzept am 04. September 2025 vorstellen werde.

Beschluss: vertagt
(bei 32 Ja-Stimmen)

Der Rat stimmt dem Verkauf der Hofstelle Fegefeuer, Antonslust 15 (Gemarkung Rüstringen, Flur 17, Flurstück 53/2) mit einer Gesamtfläche von 8.060 m² zu einem Verkaufspreis in Höhe von 251.500 € an Uwe Klatt, Auf der Wiesbadenbrücke 6, 26382 Wilhelmshaven zu.

13.6.5 Pastorenweg 2 - Reduzierung des Erbbauzinses im Erbbaurechtsvertrag für die KiTa Fedderwarden **132/2025**

Frau Mandt bringt die Beschlussvorlage aus dem Betriebsausschuss Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven vom 08.05.2025 ein.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat stimmt der **Bestellung eines Erbbaurechts** für die **FDS Immobilien GmbH, Weserstr. 45, 26382 Wilhelmshaven**, an dem Grundstück Pastorenweg 2 mit einer Gesamtfläche von ca. 2.280 m² zu einem **Erbbauzins in Höhe von 1,95 €/m²** (drei vom Hundert vom BRW 65,-- € / qm) und daraus resultierend einer **Gesamtsumme** in Höhe von **ca. 4.446,--€ / Jahr** mit Wertsicherungsklausel für die Dauer von 45 Jahren zu. Zweck des Erbbaurechts: Errichtung / Betreibung einer Kindertagesstätte. Das Gebäude wird nach Ende der Laufzeit entschädigungslos in das städtische Eigentum übernommen.

13.6.6 Entschädigungszahlungen für die grundbuchrechtliche Eintragung von Leitungsrechten für den Transport gasförmiger Energieträger **137/2025**

Frau Mandt bringt die Beschlussvorlage aus dem Betriebsausschuss Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven vom 08.05.2025 ein.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat stimmt der Entschädigungsberechnung auf Basis einer jeweils zwischen dem Betreiber und dem zuständigen Kreislandvolkverband vereinbarten Rahmenregelung für die grundbuchrechtliche Eintragung von Leitungsrechten für den Transport gasförmiger Energieträger zu. Sofern diese Konditionen auf Flächen der Stadt Wilhelmshaven angewendet werden, ist kein vorheriger Beschluss durch ein politisches Gremium notwendig, um die Zuschläge für eine gütliche Einigung nicht zu gefährden.

Über die tatsächliche Entschädigungshöhe ist der Rat zu informieren.

13.7 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven (Ratsherr Moriße)

13.7.1 Grundsatzvereinbarung über die Kooperation zum Zwecke der Brauchwasseraufbereitung in der Stadt Wilhelmshaven zur Versorgung von Industrieunternehmen **55/2025**

Herr Moriße bringt den Beschlussvorschlag aus dem Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 09.05.2025 ein.

Herr Burkhart bittet um Auskunft der Verwaltung. Der Bürger zahle durch die Gebührenaufwendung die Reinigung des Abwassers. Das Wasser, dass wir an den OOVW abgeben werde durch den Steuerzahler bezahlt. Mit der Zusatzvereinbarung erhalte die Stadt 20.000 € pro Jahr. Werden diese Finanzmittel mit den Steuergeldern die für die Reinigung benötigt werden, gegengerechnet?

Herr Marušić antwortet, dass die Kosten am Ende über die Gebühren umgelegt werden. Was von der OOVW nun angeboten werde, sei eine Pauschale von 20.000 Euro pro Jahr für die Aufwendungen die uns dafür entstehen, dass wir Wasser zur Verfügung stellen. Für die Einleitung von Wasser in den Jadebusen fielen Jährlich ca. 300.000 € an Abwassergebühren an, die ans Land zu bezahlen seien. Wenn das komplette Abwasser übernommen werden würde, hätten wir eine Einsparung von 300.000 € plus eine Einnahme von 20.000 € und das würde Gebührenmindernd jedem Abwasserzahler zugutekommen.

Herr Burkhart stellt die Frage, aus welchem Grund die Vorlage nicht in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz eingebracht wurde und stellte den Geschäftsordnungsantrag auf **Zurückverweisung** in den Ausschuss.

Herr Marušić antwortet, dass er den fachlichen Zusammenhang zum Umweltausschuss nicht verstehe. Schlussendlich werde weniger Wasser in den Jadebusen eingeleitet. Das Projekt habe einen Ambitionierten Zeitplan. Dieser ermögliche es nicht, noch deutlich länger zu warten.

Frau Kloster zeigt sich verwundert, da nach Ihrem Wissen ein Antrag mit diesem Thema für den UKLB angekündigt gewesen sei. Die Vorlage gehöre in den Fachausschuss aufgrund Umwelt- und Emissionstechnischer Gründe. Sie äußerte Ihre Unterstützung für den Antrag auf Zurückverweisung.

Frau Mandt teilt mit, dass Sie aufgrund der zeitlichen Relevanz gegen eine Zurückverweisung sei. Stattdessen wolle Sie gleich noch einen Änderungsantrag einbringen.

Der Verweisungsantrag wurde bei 9 Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt.**

Frau Mandt brachte folgenden redaktionellen **Änderungsantrag** zum Vertrag ein.

„§ 1
Rahmenbedingungen
[…]
(6) […] Eine Versorgung des naheliegenden Landkreises Friesland wird nur nach Abstimmung zwischen OOWV und der Stadt Wilhelmshaven (BTBW) erfolgen. […]“

Herr Tönjes wünscht, dass der Betrag in Höhe von 20.000 € nicht auf 30 Jahre festgeschrieben werde, sondern das im Verlaufe der Zeit eine Anpassung erfolge.

Herr Marušić verweist darauf, dass es sich um ein regionales Kooperationsprojekt handle, für welches man eine Aufwandsentschädigung erhalte. Man sei froh dafür einen lokalen Wasserverband zu haben und man sei nicht erpicht, diese Leistung auszuschreiben.

Dem **Änderungsantrag** wurde bei 29 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und 3 Enthaltungen **mehrheitlich zugestimmt.**

Auf die Frage von **Herrn Stump,** woher das Wasser käme, antwortet **Herr Marušić**, dass es sich dabei um Wasser handle, dass ansonsten nach dem Reinigungsprozess in den Jadebusen geleitet werde.

Frau Kloster sprich die vierte Reinigungsstufe an, die nach Ihrer Vermutung trotzdem erfüllt werden müsse. Sie bat um Klarstellung ob wir unser gereinigtes Wasser an den OOVW verschenken würden, damit diese das Wasser an die Industrie abgäben? Sie stellte nochmal einen **Vertagungsantrag**.

Frau Mandt erläutert, dass der OOVW unser Brauchwasser nach dem aktuellen Reinigungsprozess nutze und unser Gewinn läge darin, dass wir keine Gebühren für die Einleitung in den Jadebusen zahlen müssten. Das Wasser käme dann Industriestandorten in Wilhelmshaven zugute.

Herr Marušić teilt mit, dass die gesetzlichen Verpflichtungen zur vierten Reinigungsstufe sobald diese da seien, der Stadt Wilhelmshaven oblägen.

Der **Vertagungsantrag** von **Frau Kloster** wurde bei 9 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und einer Enthaltung **mehrheitlich abgelehnt.**

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 23 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und einer Enthaltung)

1. Der Rat stimmt dem Abschluss einer Grundsatzvereinbarung über die Kooperation zum Zwecke der Brauchwasseraufbereitung in der Stadt Wilhelmshaven zur Versorgung von Industrieunternehmen im Stadtgebiet von Wilhelmshaven zu.

2. Die Verwaltung wird ermächtigt hierzu in Abstimmungen mit dem Vertragspartner Oldenburg-Ostfriesischer Wasserverband die Grundsatzvereinbarung mit den vertraglichen Regelungen abzustimmen und zu unterzeichnen.

13.7.2 Fortschreibung der Kosten- und Finanzierungsübersicht, Städtebauforderung Stadtpark **56/2025**

Herr Moriße bringt den Beschlussvorschlag aus dem Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 04.04.2025 ein.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt für die städtebauliche Erneuerungs-maßnahme Wilhelmshaven Stadtpark (aufgenommen im Städtebauförderprogramm Lebendige Zentren)

1. die Fortschreibung des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes (ISEK, siehe Anlage 1) und

2. die aktualisierte Kosten- und Finanzierungsübersicht (KoFi, siehe Anlage 2).

13.7.6 Antrag der CDU- Fraktion: Gesamtkonzept Sanierung der Gebäude und Außenanlage Friedhofsverwaltung Friedenstr. **518/2025**

Frau Mandt bringt den Antrag der CDU-Fraktion ein.

Herr Moriße spricht seinen Dank für das Gesamtkonzept aus, kritisierte jedoch, dass die Umsetzung eine lange Planungszeit benötigen würde. Daher rate er zu den Anträgen der AFD-Fraktion.

Herr Ehlers äußert, dass die Gesamtplanung es einfacher mache, bestimmte Maßnahmen umzusetzen.

Herr Hager meldet sich zu Wort und teilte mit, dass die SPD-Fraktion dem Antrag folgen werde.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 29 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Die Verwaltung legt dem Rat ein Gesamtkonzept für die Sanierung der Gebäude und der Außenanlage der Friedhofsverwaltung in der Friedensstraße vor der Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan der TBW 2026 vor.

13.7.3 Antrag AfD-Fraktion: Errichtung neuer Toiletten in der Friedhofsverwaltung Friedenstraße **513/2025**

Herr Morieße zieht den Antrag der AFD-Fraktion zurück.

Beschluss: zurückgezogen

13.7.4 Antrag AfD-Fraktion: Errichtung eines witterungsfesten Durchgangs zwischen der Friedhofsverwaltung und dem Pavillon **514/2025**

Herr Morieße zieht den Antrag der AFD-Fraktion zurück.

Beschluss: zurückgezogen

13.7.5 Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Echtzeit-Videoüberwachung von Wertstoff-Sammelplätzen **515/2025**

Herr Bulla bringt den Antrag der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW ein und begründete diesen.

Nachdem **Herr Morieße** erklärt, dass die AFD-Fraktion dem Antrag zustimmen werde, teilt **Herr Tönjes** mit, dass der Antrag nicht weit genug ginge. Er stellte folgenden **Änderungsantrag**.

„Die Verwaltung wird beauftragt, Wertstoffsammelplätze zu identifizieren, die die Voraussetzungen für eine Echtzeit-Videoüberwachung nach dem Modell der Stadt Garbsen erfüllen und darüber hinaus soll die Verwaltung auch alternative oder ergänzende Maßnahmen prüfen und bewerten, die zur Vermeidung von Vermüllung und illegaler Entsorgung beitragen können.

Dazu zählen insbesondere:
• der verstärkte Einsatz von städtischem Kontrollpersonal oder sogenannten „Waste Watchern“, (Mülldetektive) Anpassung bzw. Erstellung der Gebührenordnung für Müllverschmutzung bzw. unsachgemäße Müllentsorgung
• bauliche oder gestalterische Maßnahmen zur Aufwertung und besseren Einsehbarkeit der Sammelplätze, Verwendung von feuerfesten Behältnissen (Metallbehälter) inkl. Löschwasserentwässerung.
• technische Alternativen zur Videoüberwachung (z. B. Sensorik, Beleuchtung, Zugangskontrollen),
*• gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Anwohner*innenbeteiligung zur Sensibilisierung,*
• die Möglichkeit einer kostenlosen Abgabe von Papier und Pappe im Entsorgungszentrum, um Anreize für eine legale und umweltgerechte Entsorgung zu schaffen.

Im Falle einer positiven Prüfung geeigneter Maßnahmen ist dem Rat eine entsprechende Beschlussvorlage vorzulegen.“

Herr Brandt spricht sich positiv zum Änderungsantrag aus, verweist aber auch auf die Beschlussvorlage 202/2014. Mit der seien 400.000 Euro pro Jahr bei TBW eingestellt worden. Mit diesen Mitteln sollten 12 Mitarbeitende zur Beobachtung von Müllplätzen bezahlt werden.

Herr Baruschke zeigt ebenfalls Sympathie für den Änderungsantrag, könne diesen aufgrund notwendiger und aktuell fehlender Beratungszeit im ersten Schritt jedoch nicht mitgehen.

Herr Ehlers führt aus, dass es sich in Teilen nicht um einen Änderungsantrag, sondern um einen Antrag eigener Art handle. Es sei unschädlich, wenn Herr Tönjes diesen zurückziehe und dann neu einbringe.

Herr Schönfelder stimmt den Ausführungen von Herrn Ehlers zu. Der Änderungsantrag habe viel Beratungsbedarf. Daher solle der Antrag heute nicht beschlossen, sondern in die Fachausschüsse verwiesen oder neu eingebracht werden.

Nach einer weiteren Wortmeldung von **Herrn Bulla**, zieht **Herr Tönjes** den Änderungsantrag zurück und kündigt an, diesen neu einbringen zu wollen. Er bot an, dass die anderen Gruppen und Fraktionen sich beteiligen können.

Herr Marušić erläutert zur von Herrn Brandt genannter Vorlage 202/2014, dass die 12 Mitarbeitenden mitnichten nur für die Wertstoffsammelplätze eingestellt worden seien. Dafür wurde mit Wilhelmshaven Sauber und Integrativ eine Initiative gestartet um für mehr Sauberkeit zu sorgen.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 31 Ja-Stimmen und einer Enthaltung)

Die Verwaltung wird beauftragt, Wertstoffsammelplätze zu identifizieren, die die Voraussetzungen für eine Echtzeit-Videoüberwachung nach dem Modell der Stadt Garbsen erfüllen und im Fall einer positiven Prüfung dem Rat eine Vorlage zur Beschlussfassung vorzulegen.

13.8 Jugendhilfeausschuss (Ratsherr Hager)

13.8.1 Staffelung der Kostenbeiträge für die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten in der Stadt Wilhelmshaven **69/2025**

Herr Hager trägt den Beschlussvorschlag aus dem Jugendhilfeausschuss vom 12.03.2025 inklusive eines **Änderungsantrags** vor und begründet diesen.

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt: 1. Die Kita-Betragsstaffelung aus dem Jahr 2024 wird wie folgt geändert:

Stufe	*Gesamtjahreseinkommen*	*Kostenbeteiligung in %*
1	*bis 17.000,99 €*	*0%*
2	*17.001 € -20.000,99 €*	*87,50%*
3	*20.001 € - 25.000,99 €*	*100%*
4	*25.001 € - 35.000,99 €*	*115%*
5	*35.001 € - 45.000,99 €*	*125%*
6	*45.001 € - 55.000,99 €*	*135%*
7	*55.001 € - 65.000,99 €*	*150%*
8	*65.001 € - 85.000,99 €*	*165%*
9	*ab 85.001 €*	*175%*

2. Die Verwaltung übernimmt die beschlossene Tabelle für die Beiträge in der Kindertagespflege und legt dem Rat eine dementsprechende Beschlussvorlage vor.
3. Die Stadt Wilhelmshaven setzt sich im Land für eine Beitragsfreiheit im U3-Bereich ein"

Herr Schönfelder dankt dafür, dass der Änderungsantrag eingebracht wurde, er sei jedoch im Jugendhilfeausschuss mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Der **Änderungsantrag** wird bei 10 Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt.**

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 21 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Die Kita-Betragsstaffelung aus dem Jahr 2024 wird ohne Änderungen für die kommenden zwei Jahre beschlossen. Anfang 2027 erfolgt eine erneute Überprüfung der Kita-Staffelung.

13.8.2 Berufung eines neuen stellvertretenden beratenden Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss **111/2025**

Herr Hager trägt den Beschlussvorschlag aus dem Jugendhilfeausschuss vom 14.05.2025 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 31 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Folgende Neubesetzung im Jugendhilfeausschuss wird beschlossen: Herrn Stefan Stalling als Stellvertretung für das beratende Mitglied Claudia Lehnort.

13.8.3 Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege und über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Kindertagespflege **147/2025**

Herr Hager trägt den Beschlussvorschlag aus dem Jugendhilfeausschuss vom 14.05.2025 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 32 Ja-Stimmen und einer Enthaltung)

Die Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege und über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Kindertagespflege wird in der anliegenden Fassung beschlossen.

14 Anträge

14.1 Antrag SPD-Fraktion: Einrichtung von Waffenverbotszonen **520/2025**

Herr Hager bringt den Antrag der SPD-Fraktion ein und begründete ihn.

Herr Burkhart richtet an die SPD-Fraktion die Frage, ob man das Datum vom 02.07.2025 auf Ende der Sommerpause ändern könne? Ansonsten sei es vielleicht nicht umsetzbar.

Oberbürgermeister Feist schließt sich dem Vorschlag von Herrn Burkhart an. Die Verwaltung habe in der eingebrachten Variante praktisch nur zweieinhalb Wochen Zeit.

Frau Stomberg sagt, dass grundsätzlich nichts gegen den Antrag spräche. Er werde aber nicht viel bringen, da Prävention viel wichtiger sei. Sie sei in der entsprechenden Jugendhilfeausschuss Sitzung dabei gewesen, wo der Polizeisprecher gesagt habe, dass für solche Kontrollen nicht genug Personal vorhanden sei.

Herr Reinhardt teilt mit, dass er, als auch Herr Lehmann, den Antrag ablehnen werden. Die Waffenverbotszonen könnten auch die Sicherheit gefährden, wenn beispielweise eine Person ein Pfefferspray zur Verteidigung nicht dabeihaben dürfe.

Herr Moriße sagt, dass die AFD-Fraktion ebenfalls nicht zustimmen werde. Es handle sich dabei nur um Symbolpolitik.

Herr Ehlers empfiehlt darüber noch fundiert und vertieft an anderer Stelle zu beraten und heute nicht darüber zu entscheiden.

Herr Baruschke teilt mit, dass es immer mehr Messerangriffe gäbe. Eine Waffenverbotszone sei ein erster Schritt zur Lösung.

Herr Bulla teilt mit, dass die Gruppe den Antrag ebenfalls begrüße.

Nach weiteren Wortmeldungen von **Herrn Tönjes und Herrn Stoermer** teilt **Herr Hager** abschließend mit, dass die Vorstellung des Ergebnisses auch gerne nach der Sommerpause erfolgen könne.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 23 Ja-Stimmen, 4-Nein Stimmen und 5 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt,

1. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat bis spätestens zu seiner Sitzung am 2. Juli 2025 eine Beschlussvorlage zum Erlass von Waffenverbotszonen vorzulegen.

2. Die vorgeschlagenen Zonen sollen gemeinsam mit der Polizeiinspektion Wilhelmshaven/Friesland identifiziert werden.

14.2 Gemeinsamer Antrag der Gruppen WIN@WBV, Berner, FDP, FW/ Gemeinsam Bunt sowie den Fraktionen SPD/ CDU : Auflistung aller beschlossenen Richtlinien und Neueinteilung des Stadtrechts in Rubriken **521/2025**

Herr Bulla bringt den gemeinsamen Antrag der Gruppen WIN@WBV, Berner, FDP, FW/Gemeinsam Bunt und den Fraktionen SPD/CDU ein.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 31 Ja-Stimmen und einer Enthaltung)

Der Rat beschließt:

1. Die Verwaltung erstellt und pflegt eine Liste aller vom Rat gemäß § 58 Abs 1 Nr. 2 NKomVG beschlossenen Richtlinien, nach denen die Verwaltung geführt wird, und deren Veröffentlichung unter Wilhelmshaven.de/ Bürgerservice/ Stadtrecht.

2. Das ,,Stadtrecht" auf den Internetseiten der Stadt wird künftig in die Rubriken, „Satzungen", ,,Verordnungen", ,,Richtlinien" und ,,sonstiges Stadtrecht" gegliedert.

14.3 Antrag der Gruppe "Gemeinsam BUNT" zur Optimierung der Vorbereitung und Durchführung von Ausschusssitzungen **522/2025**

Herr Tönjes bringt den Antrag der Gruppe „Gemeinsam Bunt“ ein und stellte einen **Vertagungsantrag**.

Beschluss: Vertagt
(bei 32 Ja-Stimmen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung im September 2025 dem Rat eine erste Beschlussvorlage für Vorschläge für Maßnahmen und interne Verfahrensweisen vorzulegen, die darauf abzielen, die Vorbereitung und Durchführung der Sitzungen der Ausschüsse des Rates zu optimieren und die Effektivität der Ausschussarbeit zu stärken. Diese Vorschläge sollen insbesondere folgende Aspekte berücksichtigen:

1. Verbindliche interne Abläufe und Verantwortlichkeiten für die rechtzeitige Erstellung und Bereitstellung von Beschlussvorlagen, Sitzungsunterlagen und Präsentationen im Ratsinformationssystem (RIS), um eine angemessene Vorbereitungszeit für die Ratsmitglieder zu gewährleisten.
2. Interne Standards für die Qualität und Vollständigkeit der Vorbereitung von Tagesordnungspunkten durch die Fachverwaltungen, einschließlich klarer Verantwortlichkeiten für die Bereitstellung relevanter Informationen und Präsentationen im Vorfeld der Sitzungen.
3. Verfahren zur frühzeitigen Abstimmung und Einladung von erforderlichen Sachverständigen in enger Koordination mit den Ausschussvorsitzenden.
4. Interne Regelungen und Verantwortlichkeiten zur Sicherstellung der Teilnahme der zuständigen Fachverwaltungsmitarbeiter an den Sitzungen der Fachausschüsse, um die notwendige Expertise und die Beantwortung von Fragen zu gewährleisten. Hierbei sollen auch klare Vertretungsregelungen für den Ausnahmefall definiert werden.

Begründung:
Eine effektive und transparente Arbeit der Ausschüsse ist für die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung des Rates von zentraler Bedeutung. Erfahrungen aus der bisherigen Ratsperiode haben gezeigt, dass in der Vorbereitung und Durchführung der Ausschusssitzungen Optimierungspotenzial besteht.
Die Entwicklung und Umsetzung klarer interner Maßnahmen und Verfahrensweisen zu den oben genannten Punkten wird dazu beitragen, die Qualität der Sitzungen zu verbessern, die

Informationsgrundlage für die Ratsmitglieder zu stärken und die Teilnahme der entscheidenden Akteure sicherzustellen. Dies umfasst die Notwendigkeit der Anwesenheit von Mitarbeitern der Fachverwaltung, die über das notwendige Fachwissen verfügen, um die Ausschussmitglieder umfassend zu informieren und ihre Fragen zu beantworten. Klare Vertretungsregelungen sollen die Kontinuität der fachlichen Kompetenz gewährleisten.
Der Rat erwartet von der Verwaltung konstruktive Vorschläge, die zu einer nachhaltigen Verbesserung der Ausschussarbeit führen.

15 Anfragen

15.1 Anfrage SPD-Fraktion: Entwicklung der gewerblichen Existenzgründungen und Unternehmensschließungen in Wilhelmshaven **517/2025**

Herr Marušić verliest die Fragen aus der Anfrage der SPD-Fraktion.

Herr Stoermer teilt mit, dass es aufgrund der fortgeschrittenen Zeit angemessen sei, dass die Antworten dem Protokoll beigefügt und heute nicht verlesen werden.

Herr Burkhart bittet darum, dass die Antworten zur Sitzung und nicht nur zum Protokoll beigefügt werden solle.

16 Einwohnerfragestunde II
(Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Da keine Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung vorliegen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Ende der Sitzung: 19:47 Uhr

gez.	gez.	gez.
Becker Ratsvorsitzender	Feist Oberbürgermeister	Wendelin Protokollführerin